

Entwicklung der deutschen Frage 1948/49 (nach Inkraftsetzung des Marshall-Plans)

→	<p>➤ Entschluss der Westmächte, nach fruchtlosen Versuchen mit der SU zu einer gemeinsamen Deutschland-Lösung zu kommen, die einen wirtschaftlichen und demokratischen Wiederaufbau ermöglichte, und wenigstens in dem von <i>ihnen</i> besetzten Teil Deutschlands wieder eine zentrale staatliche Ordnung zu begründen, d.h. Weststaatsgründung, <u>weil andere Lösung de facto nicht möglich</u>.</p> <p>➤ Auch erforderte die Umsetzung des Marshall-Plans eine deutsche politische Zentralinstanz. Marshall-Plan insofern sozusagen ‚Geburtshelfer‘ der Bundesrepublik.</p> <p>➤ Eine Voraussetzung der Weststaatsgründung war übrigens auch, dass Frankreich auf die deutschlandpolitische Linie der USA und Englands einschwenkte [um an die Marshall-Plan-Gelder zu kommen und auch weil der eingetretene Kalte Krieg das französische Bedrohungsgefühl mehr auf die Sowjetunion (statt auf Deutschland) fixierte und überdies dem französischen Sicherheitsverlangen durch den Brüsseler Pakt von 1948 [= WEU, Vorstufe der NATO] Genüge getan war.</p>
→	<p>Londoner Deutschland-Konferenz der 3 Westalliierten Febr./März 1948 <u>beauftragt</u> und ermächtigt [in den sog. Frankfurter Dokumenten] <u>die westdeutschen Ministerpräsidenten</u>, eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen zur Ausarbeitung einer [dies waren die bindenden Vorgaben der Westmächte] ■ demokratischen Verfassung ■ föderalistischen Typs mit ■ angemessener Zentralinstanz und ■ Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten.</p> <p>Die Haltung der westdeutschen Ministerpräsidenten zu diesem Auftrag einer Weststaatsgründung war bestimmt durch die Erkenntnis, die Ernst Reuter (SPD), Regierender Bürgermeister von Berlin, so formulierte: „Die Spaltung Deutschlands wird nicht geschaffen, sie ist bereits vorhanden.“</p> <p>Nur legten die westdt. Min.präsidenten Wert darauf, den Provisoriumscharakter eines solchen Weststaates zu betonen; daher „Grundgesetz“ statt Verfassung, „Parlamentarischer Rat“ statt Verfassungsgebende Versammlung und keine Annahme durch ein Plebiszit, sondern nur durch die Landtage!</p>
→	<p>Reaktion der SU: Auszug aus dem Alliierten Kontrollrat am 20.3.1948 = „Platzen des Kontrollrats“. (Die Verhärtung zeigte sich übrigens auch im Aufbau einer militärischen „Bereitschaftspolizei“ im Frühjahr 1948 in der SBZ = erster Schritt zur Remilitarisierung auf deutschem Boden.)</p>
→	<p>Inzwischen als unabdingbare Voraussetzung der Umsetzung des Marshall-Plans die Währungsreform (21.6.1948) [für jeden ein Kopfbetrag von insgesamt 60 DM, Effektivumstellung der Altgeldguthaben von 100 RM = 6,50 DM]. SBZ zog mit eigener Währungsreform nach. <u>SU bestand darauf, dass Berlin die Währung der SBZ zu übernehmen habe</u>. Ablehnung durch Westmächte, die in Westberlin die neue DM. zum alleinigen Zahlungsmittel machten.]</p> <p style="text-align: center;">↓ ↓ ↓</p>
→	<p>Reaktion der SU auf diese ganze Entwicklung: Berlin-Blockade [Sperrung aller Zufahrtswege zu Land und zu Wasser vom 23.6.1948 bis 12. Mai 1949, als klar war, dass das Ziel der Verhinderung des Weststaats gescheitert war]. Westmächte → Luftbrücke [Versorgung Westberlins durch USA u. GB aus der Luft über die 3 vertraglich zugesicherten Luftkorridore]</p>
→	<p>Zusammentritt des Parlamentarischen Rats am 1.9.1948 in Bonn (nach Proporz der Landesparlamente; Vorsitz: Konrad Adenauer (CDU), Vorsitz des Hauptausschusses: Carlo Schmid (SPD))</p>
→	<p>23.5.1949 Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat</p>
→	<p>Ratifizierung des GG durch die Länderparlamente (der bayer. Landtag lehnt GG ab, da zu wenig föderalistisch – Min.präs.Ehard: „<i>Nein zum GG, Ja zu Dtl.</i>“)</p>
→	<p>11.5.1949 Entscheidung im Parl. Rat mit 33:29 Stimmen für Bonn als provisorische Hauptstadt der Bundesrepublik Dtl. [das von der SPD favorisierte Frankfurt erschien der Mehrheit zu sehr historisch gewichtig und zu wenig ‚provisorisch‘]</p>
→	<p>18.4.1949 Wahlen zum 1. Deutschen Bundestag [Unionsparteien liegen mit 31 % um knapp 2 Prozentpunkte vor der SPD]</p>
→	<p>12.9.1949 Wahl von Theodor Heuss [FDP] zum 1. Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung</p>
→	<p>15.9.1949 Wahl Konrad Adenauers [CDU] mit einer Stimme Mehrheit zum 1. Bundeskanzler (Koalition CDU/CSU – FDP – Deutsche Partei)</p>
	<p>Bundesrepublik noch unter Besatzungsstatut [wesentliche Souveränitätsrechte (bes. Außenpolitik) bei den 3 westlichen Besatzungsmächten bzw. den sie repräsentierenden „Alliierten Hohen Kommissaren“]</p>